



Innenausschuss

32. Sitzung (öffentlich)

10. Oktober 2007

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 12:20 Uhr

Vorsitz: Winfried Schittges (CDU)

Protokoll: Günter Labes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|---|-----------|
| 1 | Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008) | 5 |
| | Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4600
Vorlagen 14/1222 und 14/1300 | |
| | – Aussprache | 5 |
| 2 | Nordrhein-Westfalen muss Beamtinnen und Beamten mit Familien verfassungskonform besolden! | 11 |
| | Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4253 | |
| | – Aussprache | 11 |

- 3 Nordrhein-Westfalen muss das Versammlungsrecht modernisieren!** 14
- Antrag der
Fraktion der SPD
Drucksache 14/4480
- Aussprache 14
- 4 Aus den Ergebnissen des Berichts zur Altersstruktur bei der nordrhein-westfälischen Polizei müssen schnelle und effektive Konsequenzen gezogen werden!** 20
- Antrag der
Fraktion der SPD
Drucksache 14/4481
- Aussprache 20
- 5 Lagebild Organisierte Kriminalität 2006** 22
- Vorlagen 14/1158 und 14/1343
- Aussprache 22
- 6 Korruptionskriminalität - Lagebild 2006** 24
- Vorlage 14/1292
- Aussprache 24
- 7 Gesetz zur Regelung des Jugendstrafvollzugs in Nordrhein-Westfalen (Jugendstrafvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen - JStVollzG NRW)** 25
- Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/4236
- In Verbindung mit:
- Gesetz zur Regelung des Jugendstrafvollzuges in Nordrhein-Westfalen (Jugendstrafvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen - JStVollzG NRW)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4412
Ausschussprotokoll 14/489 (Protokoll der Anhörung)

Der Gesetzentwurf von Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/4236 wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimme der Grünen bei Stimmenthaltung der SPD abgelehnt.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/4412 mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Grünen zu.

* * *

Aus der Diskussion

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4600
Vorlagen 14/1222 und 14/1300

Monika Düker (GRÜNE) spricht Kapitel 03 030 an und führt aus, in ihrem Wahlkreis in Düsseldorf werde darüber debattiert, ob die Zentrale Ausländerbehörde (ZAB) erhalten bleibe oder nicht. In den Erläuterungen zum Haushalt werde sie noch aufgeführt. Nach einer Verständigung des Landes mit der Stadt solle wohl die ZAB in Düsseldorf aufgegeben werden. Daraufhin habe aber der Rat mehrheitlich die Verwaltung gebeten, sich um die Erhaltung dieser Einrichtung in Düsseldorf wegen des vorhandenen guten Netzwerkes an Beratungseinrichtungen zu bemühen. Dazu wolle sie wissen, welche Ergebnisse die dazu geführten Gespräche gehabt hätten.

Nach ihrer Kenntnis habe sich beim Zentrum für Folteropfer in Köln und beim Psychosozialen Zentrum in Düsseldorf, wo insbesondere traumatisierte und psychisch auffällige Flüchtlinge behandelt würden, trotz zurückgehender Flüchtlingszahlen die Situation keineswegs entspannt. Kranke Flüchtlinge müssten über ein halbes Jahr auf eine Behandlung warten. Schließlich existiere im Osten des Landes kaum eine entsprechende Versorgung. Angesichts der geschilderten Situation in diesen Beratungsstellen interessiere sie, wie viele Stellen aus diesem Ansatz für diese therapeutische Arbeit finanziert würden und ob die Versorgungslage bei diesen Wartezeiten als bedarfsgerecht angesehen werde.

Zu dem Ansatz für die Betreuung aus Abschiebehaft sei schon im letzten Jahr eine Kürzung von 100.000 € durch den Landtag beschlossen worden, und in diesem Jahr schlage die Landesregierung eine weitere Kürzung um 84.000 € vor. Nach Ihren Informationen bestehe nach wie vor in den Abschiebehaftanstalten ein Bedarf nach Beratung. Dazu erfähre sie gern, wie die Mittel verteilt würden. Ihres Wissens würden die Mittel für die Frauenabschiebehaftanstalt in Neuss überproportional gekürzt. Auch der Anstaltsleiter in Neuss setze sich wohl dafür ein, mehr Stellen als bislang geplant zu erhalten, weil trotz zurückgehender Flüchtlingszahlen nach wie vor Bedarf dafür bestehe.

MRin Brohl-Sowa (IM) antwortet, mit der ZAB Düsseldorf seien Gespräche über deren Auflösung geführt worden. Dies beruhe auf verschiedenen Gründen. Eine Geschäftsprüfung des Rechnungsprüfungsamtes über das wirtschaftliche Arbeiten der ZABs habe zu Gesprächen Anlass gegeben. Anerkannt worden sei, dass die ZABs gut arbeiteten. Gleichwohl hätten sich bei der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung Fragen ergeben.

Innenausschuss

10.10.2007

32. Sitzung (öffentlich)

Is

Es bestehe die Absicht, eine ZAB zu schließen. Darüber werde zurzeit gesprochen. Die zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten im Ausländerwesen müsste entsprechend geändert werden. Die Information, ob diese Änderung eines parlamentarischen Verfahrens bedürfe, werde dem Ausschuss schriftlich nachgereicht.

Was die Mittelverwendung für die Betreuung in der Abschiebehafte angehe, sei zu sagen, dass die Mittelverteilung über die Abteilung I gesteuert werde. Die Zahlen seien von 2005 bis zum Jahr 2007 beim Hafthaus Neuss von 42 auf 31 und bei der JVA Büren von 256 auf 189 gesunken. Der Haushaltsansatz trage den sinkenden Fallzahlen Rechnung. Wie die Abteilung I die Mittel bezogen auf die beiden Einrichtungen verteile, das ergebe sich erst nach der Beschlussfassung über den Haushalt. Sofern die Abteilung I sich bereits eine Meinung dazu gebildet habe, werde der Ausschuss darüber schriftlich noch informiert. Letztendlich obliege es der Entscheidung des Parlaments, über die Ansätze zu bestimmen, worauf die Abteilung I reagieren werde.

Für die soziale Beratung von Flüchtlingen sei der Ansatz trotz rückläufiger Fallzahlen unverändert geblieben. Die Bewertung der Arbeit in den Einrichtungen müsse ebenfalls nachträglich dem Ausschuss mitgeteilt werden, weil diese letztendlich keine Frage von Haushaltsansätzen darstelle. Man werde aber der Information nachgehen, ob es diesbezüglich im Einzelfall Probleme gebe.

Gerd Stüttgen (SPD) merkt zunächst an, seine Fraktion hätte sich gewünscht, wenn die Besoldung für die Beamtinnen und Beamten des Landes bereits zum 1. Januar 2008 erhöht würde. Die Mehrheit des Landtages sei einem entsprechenden Antrag der SPD-Fraktion aber nicht gefolgt.

Zum Kapitel 03 110 Polizei stelle man fest, dass für das Jahr 2008 1.100 Neueinstellungen geplant würden. Das werde positiv beurteilt, auch wenn dadurch nur ein Teil der von Herrn Rüttgers vollmundig abgegebenen Wahlversprechen im Jahre 2005 eingelöst werde. Um aber diese Zahl von Neueinstellungen realisieren zu können, bedürfe es 5.000 bis 6.000 geeigneter Bewerber. Nach dem Kenntnisstand der SPD-Fraktion habe es aber bereits in den Jahren 2005 und 2006 bei einer Zahl von 500 Einstellungsermächtigungen Schwierigkeiten gegeben, genügend geeignete Bewerber zu finden. Bei guter oder anziehender Konjunktur dürfte es noch schwerer sein, genügend geeignete Bewerberinnen und Bewerber zu finden, zumal es keine Einstellungsberaterinnen und Einstellungsberater mehr gebe. Er bitte darzulegen, wie das Innenministerium eine ausreichende Zahl geeigneter Personen rekrutieren wolle, um die Zahl der Einstellungsermächtigungen zu erfüllen.

Er bitte schließlich um Mitteilung, wo die Mittel für den Landespräventionsrat etatiert seien.

Innenminister Dr. Ingo Wolf bestätigt, es sei beabsichtigt - die Zustimmung des Parlaments unterstellt - die Fehlentwicklungen in der Einstellungspolitik durch die alte Landesregierung über einen nennenswerten Beitrag zu korrigieren. In der Vergangenheit habe man unter genügend Bewerbern auswählen können. Das werde auch in der Zukunft so gehalten. Da die Einstellungsberater während der Regierungszeit der alten Koalition abgeschafft worden seien, verstehe er nicht die danach gestellte

Frage. Die Aufgabe bestehe jedoch fort. Selbstverständlich stelle es auch eine permanente Aufgabe der Öffentlichkeitsarbeit der Polizei dar, für den Polizeiberuf zu werben, der nach wie vor sehr attraktiv sei und von vielen nicht nur als Beruf, sondern auch als Berufung angesehen werde. Deswegen bestehe Zuversicht, dass sich genügend junge Menschen von diesem Beruf angesprochen fühlten. Im Übrigen gehe die Polizei mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit sehr offensiv nach draußen etwa über Tage der offenen Tür in den Kreispolizeibehörden. Es werde versucht, für die Polizei zu werben. So verfüge man über einen Event-Truck, der durch das Land fahre.

Der Landespräventionsrat sei nicht mehr im Haushalt des Innenministeriums, sondern bei dem des Justizministeriums etatisiert.

LMR Norbert Wessler (IM) führt ergänzend aus, das Innenministerium unternehme alle Anstrengungen, die deutlich erhöhte Zahl an Einstellungen zu verwirklichen. Man sei optimistisch, dass dies gelingen werde. Es hätten sich im Online-Verfahren immerhin schon 8.000 Personen für den Polizeiberuf interessiert. Bislang lägen 3.000 Online-Bewerbungen vor, die jetzt ausgewertet würden. Die über mehrere Jahre vorgesehene Zahl an Einstellungsermächtigungen zu realisieren werde angesichts der Bewerberlage am Arbeitsmarkt und der Schulabgängerzahlen schwerer werden. Es werde deutlich gemacht, dass es eine Aufgabe jeder Kreispolizeibehörde darstelle, im wohl verstandenen eigenen Interesse dafür zu sorgen, genügend Nachwuchs zu rekrutieren. Das werde über erhöhte Anstrengungen wohl gelingen.

Sören Link (SPD) äußert sich verwundert über die Ausführungen des Ministers zu den Neueinstellungen, weil in den Erläuterungen zum Haushaltsplan 2008 auf S. 41 das Gegenteil stehe. Nach den Zahlen für die Kommissaranwärterinnen und -anwärter habe die Landesregierung bislang in keinem Jahr die Einstellungszahl der alten Landesregierung erreicht. Das bitte er zu erläutern.

MRin Brohl-Sowa (IM) stellt klar, tatsächlich seien immer nur 500 pro Jahr eingestellt worden.

Sören Link (SPD) verweist darauf, die Zahl der Einstellungsermächtigungen sei in den Erläuterungen ab dem Jahr 1996 aufgeführt worden: 802 im Jahr 1996, 621 im Jahr 1997, im Jahr 2000 seien es 1.057 gewesen usw. Im Jahr 2005 stehe die Zahl 500, für die Jahre 2006 und 2007 laute die Zahl ebenfalls je 500 und für das Jahr 2008 werde die Zahl 1.100 angegeben. Daraus folgere er, dass es dieser Landesregierung bislang nicht gelungen sei, Einstellungsermächtigungen vorzulegen, die über den Werten der vorherigen Landesregierung gelegen hätten.

MRin Brohl-Sowa (IM) legt dar, im Erläuterungsband stehe, dass in den Jahren 2004 bis 2006 jeweils 500 Anwärter eingestellt worden seien. Auf der Erläuterungsseite des Haushaltes sei aber die Zahl nicht nachvollzogen worden.

Innenminister Dr. Ingo Wolf erklärt, politisch verhalte es sich so, dass die Einstellungsprognose der Vorgängerregierung auf 500 bis zum Jahr 2010 basiert habe,

während die neue Landesregierung ab dem Jahr 2008 auf 1.100 durchgehend gehe. Die Behauptung, in den letzten Jahren hätten die Einstellungszahlen höher gelegen, stimme nicht. Die früheren Planungen würden also korrigiert. Die alte Regierung habe sogar bis zum Jahr 2020 bei der Zahl von 500 Einstellungsermächtigungen jährlich bleiben wollen.

MRin Brohl-Sowa (IM) sagt, es treffe zu, dass es etwa im Jahr 2003 1.070 Einstellungen gegeben habe. In den Vorjahren seien ähnliche Größenordnungen erreicht worden.

Sören Link (SPD) verweist darauf, in den vorgelegten Erläuterungen zu diesem Einzelplan würden nach der Einleitung, „in den Jahren seit 1996 wurden eingestellt“ die entsprechenden Zahlen aufgeführt. Deshalb frage er, ob es richtig sei, dass im Gegensatz zu der Äußerung des Ministers unter dieser neuen Landesregierung bis einschließlich dem Haushalt 2007 500 Einstellungsermächtigungen erteilt worden seien und man nicht einmal über den Zahlen der alten Landesregierung gelegen habe.

MRin Brohl-Sowa (IM) bestätigt, dass im letzten und in diesem Jahr jeweils nur 500 Einstellungen vorgenommen worden seien.

Monika Düker (GRÜNE) erinnert daran, dass die seinerzeitige Reduzierung der Zahl der Einstellungsermächtigungen auf 500 einen Grund gehabt habe. Keineswegs sei geplant gewesen, diese Zahl bis zum Jahr 2010 fortzuschreiben. Das wäre über die Legislaturperiode hinaus auch gar nicht möglich gewesen. Sie wolle keine Legendenbildung zulassen. Damals habe man entschieden, für die Beamten die 41-Stunden-Woche einzuführen, aber nicht wie in Hessen eine 42-Stunden-Woche. Daraus habe sich für die Polizei eine Einsparungsmöglichkeit von 2.142 Stellen ergeben. Daraufhin sei politisch diskutiert worden, ob die Einstellungsermächtigung auf null gefahren werden sollte, um diesen Stundenberg durch Nichteinstellung abzubauen. In dieser Weise sei man aber nicht verfahren. Damals habe man sich dafür entschieden, nur einen Teil dieser Einsparung über die 41-Stunden-Woche über weniger Neueinstellungen für zwei Jahre zu kompensieren. Die Reduzierung habe noch nicht einmal die Hälfte der einzusparenden Stellen durch die Mehrarbeitsstunden ausgemacht. Im Wahlkampf habe sie im Gegensatz zum Kollegen Kruse keinerlei Versprechen abgegeben, nach der Wahl die Zahl der Einstellungsermächtigung wieder um 500 aufzustocken. Sie habe vielmehr erklärt, das werde eine Entscheidung im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2006 sein. Die CDU habe hingegen im Wahlkampf erklärt, nach einer Regierungsübernahme werde die Zahl der Neueinstellungen verdoppelt. Aber genau diese Ankündigung sei in den Jahren 2006 und 2007 nicht umgesetzt worden. Das gehe aber nicht mehr zurück auf die Einführung der 41-Stunden-Woche, sondern die neue Regierung habe die Kürzungen einfach ohne Begründung fortgeführt und damit ein Wahlversprechen gebrochen. Sie halte es für in höchstem Maße unredlich, was die jetzigen Regierungsparteien den Polizistinnen und Polizisten versprochen hätten. Wenn nunmehr im dritten Haushalt der neuen Koalition die Erhöhung nachvollzogen werde, sei das zwar in Ordnung,

aber das wiege nicht die zwei Jahre ausgebliebene Erhöhung der Zahl der Neueinstellungen auf.

Innenminister Dr. Ingo Wolf widerspricht den Ausführungen von Frau Düker und merkt an, diese habe vergessen zu erwähnen, dass auch die Lebensarbeitszeit seinerzeit erhöht worden sei, was ebenfalls zur Entstehung von Mehrstunden geführt habe.

Es werde durch die neue Koalition jetzt nicht nur die Zahl der Neueinstellungsermächtigungen verdoppelt, sondern zudem habe sie von der Vorgängerregierung ausgebrachte 841 kw-Vermerke gestrichen. Natürlich liefen solche Planungen über Jahre hinweg. Definitiv habe es sich so verhalten, dass die Zahl von 500 Einstellungsermächtigungen geplant gewesen sei. Nunmehr werde diese Zahl verdoppelt und zudem würden kw-Vermerke gestrichen, die wegen der Lebensarbeitszeitverlängerung und der Wochenarbeitszeitverlängerung von der alten Koalition ausgebracht worden seien. Deren Politik habe auf eine nachhaltige Senkung des Personalbestandes bei der Polizei abgezielt. Die neue Koalition drehe die Entwicklung um. Über die Streichung der kw-Vermerke und die Verdoppelung der Zahl der Einstellungsermächtigungen werde die innere Sicherheit gestärkt.

Vorsitzender Winfried Schittges schlägt vor, dass das Ministerium zu diesem Punkt eine ergänzende Vorlage zur Erhellung des gesamten Sachverhaltes dem Ausschuss zukommen lasse.

Horst Engel (FDP) führt an, ein Aspekt sei noch nicht genannt worden. Die alte Landesregierung habe auf einer Zeitachse einmal die Personalentwicklung bei der Polizei für die nächsten Jahre dargestellt. Bezüglich der Verlängerung der Lebensarbeitszeit habe diese Matrix den Effekt ausgewiesen, dass im Jahr 2008 nicht ein einziger Polizist pensioniert würde. Außerdem hätte sich danach im Jahr 2009 oder 2010 ein Minus von 20 Stellen ergeben. Eine solche Entwicklung wolle man nicht, weshalb man sich bemühe, den Personalkörper entsprechend anzupassen und auch zu zusätzlichen Einstellungen zu kommen. Die jetzige Landesregierung habe in den ersten beiden Jahren die Entwicklung lediglich fortgeschrieben. Gleichwohl sei klar gewesen, auf keinen Fall eine Verminderung der Stellen hinzunehmen. Die Streichung der 841 kw-Vermerke stelle eine herausstellenswerte Leistung dar.

Thomas Stotko (SPD) dankt für den Vorschlag des Vorsitzenden, dass der Minister zur nächsten Sitzung eine Vorlage unterbreiten solle. Frau Düker habe richtigerweise an das Wahlkampfversprechen von Herrn Kruse erinnert, wonach in den Jahren 2006 und 2007 die Zahl der Einstellungen verdoppelt werde. Bei den damaligen Demonstrationen gegen die Verlängerung der Arbeitszeit hätten Politiker von CDU und FDP ganz vorn gestanden. Bezüglich des Einstellungsverfahrens wolle er wissen, ob die Auswahlkriterien verändert würden oder ob an diesen unverändert festgehalten werden solle.

Theo Kruse (CDU) äußert seine Enttäuschung darüber, dass entgegen des guten Verfahrens der vergangenen Jahre dieser Tagesordnungspunkt dazu missbraucht werde, um über Entwicklungen der vergangenen Jahre und das Brechen von Wahlversprechen zu sprechen. Es sei guter Brauch gewesen, unter diesem Tagesordnungspunkt lediglich Fragen zum Haushalt zu stellen, um Erläuterungen dazu zu erhalten. Jetzt werde aber eher eine allgemeine Aussprache geführt.

Vorsitzender Winfried Schittges hält fest, der Ansatz für die Einstellungszusagen erfahre eine Erhöhung, wenn auch vielleicht aus Sicht der Opposition verspätet. Aber sie würden einen selten zuvor vorhandenen Stand erreichen.

Sören Link (SPD) stellt klar, er habe eine Frage zum Haushalt gestellt, die der Minister zunächst nicht befriedigend beantwortet habe. Es müsse erlaubt sein, eine Nachfrage zum Erläuterungsband zum Haushalt des Innenministeriums zu stellen. Wenn sich an der unvollständigen bzw. missverständlichen Antwort des Ministers eine Aussprache anschließe, liege die Ursache dafür nicht bei ihm, Link.